



ANNA BINDLER

Prävention ist der beste Schutz vor Gewalt

Anna Bindler ist Leiterin der Abteilung Kriminalität, Arbeit und Ungleichheit im DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Der schreckliche Angriff auf einen Zugbegleiter in Rheinland-Pfalz, den dieser nicht überlebte, schockiert und entsetzt. Aus den erschütternden Ereignissen ist unmittelbar eine gesellschaftliche Debatte zur Gewaltbereitschaft im öffentlichen Raum entstanden. Die Deutsche Bahn will zu einem Sicherheitsgipfel einladen, auch die Verkehrsminister*innen der Länder haben Beratungen angekündigt. Es soll um konkrete Maßnahmen gehen, die das Sicherheitsgefühl und auch die tatsächliche Sicherheit erhöhen können. Die Debatte ist wichtig, und man kann nur zustimmen, dass es sich um eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung handelt. Aber was können wir tun, was wäre sinnvoll?

Es stehen bereits verschiedene Vorschläge im Raum. Eine Forderung ist die nach höheren Mindeststrafen. Die Logik ist, dass höhere Strafmaße und Mindeststrafen stärkere Abschreckungseffekte entfalten. Heißt: Wenn man weiß, dass die Konsequenzen schärfer sind, unterlässt man die Gewalttat eher, die Kriminalität sinkt. Das klappt aber nur, wenn potenzielle Täter höhere Strafen auch in ihre Handlungen einbeziehen. Gerade bei Gewalttaten, die spontan und in eskalierenden Situationen entstehen, scheint dies nicht plausibel. Eine Fokussierung auf höhere Strafen ist also nicht unbedingt zielführend – die zugehörige Debatte würde aber wichtige Ressourcen in Anspruch nehmen.

Sinnvoller scheint es daher, in Präventionsmaßnahmen zu investieren: Wie können eskalierende Situationen verhindert werden? Einige der Vorschläge, die gemacht werden, gehen in diese Richtung. Erstens: Mehr Personal in den Zügen – Bahnmitarbeiter*innen könnten beispielsweise in Doppelbesetzung arbeiten, um gegenseitig ihre Sicherheit zu erhöhen, oder von Beamten*innen der Bundespolizei oder anderem Sicherheitspersonal unterstützt werden. Zweitens geht es darum, sich auf mögliche kritische Situationen vorzubereiten, beispielsweise mit Deeskalationstrainings. Und drittens kann auch die technische Ausstattung von Mitarbeiter*innen der Bahn (und im öffentlichen Dienst in anderen Bereichen), beispielsweise durch Bodycams, ein Ansatz sein.

Solche Maßnahmen sind vielversprechend, um Gewalt zu bekämpfen, und könnten – bei entsprechender Finanzierung und ausreichend Personal – auch kurzfristig umgesetzt werden. Die Ressourcenfrage ist aber ein Knackpunkt: Gibt es keine zusätzlichen Mittel und kein zusätzliches Personal, werden diese Ressourcen nur verschoben – und damit womöglich auch Kriminalität und Gewalt. Sprich: Wenn Polizist*innen vermehrt an Bahnhöfen oder in Zügen eingesetzt werden, fehlen sie an anderer Stelle. Wenn an Bahnhöfen vermehrt Videoüberwachung eingesetzt wird, sinkt an diesen Orten wahrscheinlich die Kriminalität – verlagert sich möglicherweise aber nur an Stellen außerhalb der Bahnhofsgegend.

Es bleibt die Frage, wie Prävention gesamtgesellschaftlich erreicht werden kann, um Gewalt und Gewaltbereitschaft zu senken. Diese Frage muss langfristig gedacht werden, um Prävention nachhaltig zu erreichen. Eine „einfache“ Lösung gibt es dabei nicht, Handlungsoptionen aber schon. Aus der internationalen Forschung kristallisieren sich dabei wichtige Faktoren heraus: Bildung, Chancengerechtigkeit, Armutsbekämpfung, Arbeitsmarktperspektiven und sozialpolitische Maßnahmen gehören dazu – sowie eine gute Gesundheitsversorgung (einschließlich der psychischen Gesundheit), aber auch Programme zur Gewaltprävention, die sich an Risikogruppen richten.

Diese Faktoren sollten nicht isoliert voneinander betrachtet werden, vielmehr geht es um einen gesamtpolitischen Ansatz für eine evidenzbasierte Kriminalpolitik zur Gewaltprävention. Denn letztlich ist Prävention der beste Opferschutz – auch wenn wir dabei nicht die Unterstützung für diejenigen, die Gewalt erfahren, aus dem Auge verlieren sollten.

Der Beitrag ist am 12. Februar 2026 in der Frankfurter Rundschau erschienen.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 25. Februar 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Theresa M. Entringer

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787